

Neu-köllnisch

Linkes Informations- und Diskussionsblatt



„Fehlt Ihnen etwas? Sozialhilfe kann helfen!“

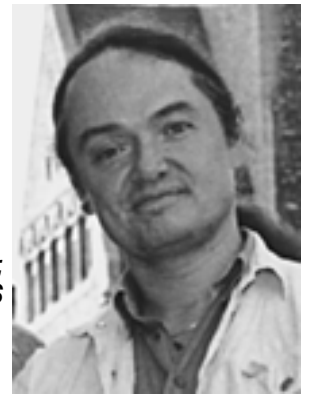
**Verbände der freien Wohlfahrtspflege informierten –
nur zwei Bezirksverordnete anwesend**

Am vergangenen Samstag, dem 12. Mai, hat die Kampagne »Fehlt Ihnen etwas? – Sozialhilfe kann helfen« eine große innovative Beratungsaktion in Berlin durchgeführt. In Neukölln wurden Informationsstände mit Beratungsangeboten vor dem „Haus des älteren Bürgers“ und vor dem Kaufhaus Hertie aufge-

aufgehetzt, damit sie den Sozialstaat missbrauchen!“ Leider hatte sie sich dadurch selbst der Chance beraubt, Erfahrungen zu machen, wie sie Max Schumacher schildert: „Von dreißig älteren Mitbürgern, mit denen ich gesprochen habe, hat eine einzige das Informationsblatt abgelehnt mit den Worten:

„Sozial
is'
muss!“

Max
Schumacher,
für die PDS
im Sozial-
ausschuss
der BVV



fraktion mit den Worten: „Die größten Feinde der Senioren sind oft die rüstigen Berufs-Senioren, die keinerlei Verständnis für die wirklichen Sorgen und Nöte der oftmals kranken und behinderten, vielfach armen älteren Menschen aufbringen. Es ist erschütternd, wie hier der wahre Hintergrund unserer Aktion absichtlich verzerrt dargestellt wird. Wer wirklich will, dass Menschen unabhängig von Sozialleistungen werden, der muss zu allererst dafür sorgen, dass sie eine qualifizierte Beratung erhalten! Wer im Rollbergviertel Quartiersmanagement spielt, und Beratung für Sozialhilfeberechtigte ablehnt, ist im Denken pervers.“

FU-Professor Peter Grottian ergänzte: „Es handelt sich um eine basisgetragene Bewegung, an der berlinweit 50 bis 60 Dienststellen der freien Träger teilnehmen. Die Beratung ist eigentlich ein Grundauftrag der Sozialämter, der in immer mehr Fällen wegen Arbeitsüberlastung der Sozialarbeiter nicht mehr wahrgenommen wird. Stattdessen wird dieser Auftrag stillschweigend an die freien Träger delegiert, die dafür, wie am heutigen Tag, oftmals ihre Freizeit opfern. Es ist ein Zeichen mangelnder Bürgernähe, wenn die Sozialverwaltung des Bezirks Neukölln sich an dieser Aktion nicht beteiligt.“ Stadtrat Schippel, der die Aktion im Vorfeld wegen vermeintlichen Verstoßes gegen den Datenschutz abgelehnt hatte, begrüßte am



baut. Von den 15 Mitgliedern des Sozialausschusses der BVV waren nur die Bezirksverordneten Max Schumacher (PDS) und Petra Wojciechowski (Bündnis 90/Die Grünen) anwesend und suchten das Gespräch mit den Bürgern. Den Grund für die Abwesenheit der CDU-Vertreter hatte die Bezirksverordnete Lemke mit wünschenswerter Deutlichkeit klar gemacht: „Hier werden Leute

»Danke, ich bin wohlhabend.« Weitere vier lehnten ohne Kommentar ab. Die restlichen fünf und zwanzig Rentner waren dankbar für die angebotene Information und Beratung. Wenn diese Menschen wüssten, was die CDU in Neukölln über sie denkt!“

Herr Lachenmann, der Geschäftsführer des „Haus des älteren Bürgers“ kommentierte den Sozialneid der Mehrheits-

Aus dem Inhalt:

- S. 2 Maifest im Würgegriff / Verkauf des Schullandheimes
- S. 3 Evrim Baba neue Bezirksvorsitzende der PDS Neukölln
- S. 4 Frauenhandel / Privatisierungspolitik der Neuköllner CDU
- S. 5 Erfahrungen mit Arbeitslosenhilfe-Antrag auf Neuköllner Ämtern
- S. 6 Flughafen Schönefeld / 1-schichtiger Badebetrieb für Columbiabad
- S. 7 Panzerkreuzerbau: Sozialdemokraten sollten sich rückbesinnen
- S. 8 Das Letzte / Veranstaltungen, Tipps, Termine, Impressum

► Fortsetzung auf Seite 3



Maienfest im Würgegriff

Bereits im Vorfeld, in den letzten Apriltagen, ließ Wertebach und seine Polizeiverantwortlichen durchblicken, wie sie an diesem Tage vorzugehen gedenken.

Es wurde von Recht und Gesetz gesprochen und die Vermutung geäußert, es könne damit gerechnet werden, dass Demonstranten den Weg zum Mariannenplatz suchen würden.

Von Seiten der Polizei hieß es, es wird vor Ort zu entscheiden sein. Hier sind die Einsatzkräfte selbst verantwortlich und können nicht auf Anweisungen warten.

Die Gewerkschaft der Polizei und die Direktion 5, die als Ortskundige die Kontakte zu den Veranstaltern aufrecht zu erhalten hatten, wurden beiseite geschoben.

Ein kleiner Trupp ungeschützter Beamter rannte auf dem Mariannenplatz nach der unangekündigten Räumung wie eine Hammelherde hin und her und war dem Gespött, Helfer für Neonazis zu sein, ausgesetzt. Offensichtlich war die ihnen zugeteilte Aufgabe, Zeit für den Großeinsatz zu gewinnen.

Sie mussten für das gezielt provokatorische Vorgehen einer von der CDU

Der Berliner Innensenator Eckart Werthebach:

„Der linksextremistische Block, also der Sowjetblock, existiert doch gar nicht mehr. Wofür kämpfen die denn noch?“

Wer der deutschen Sprache mächtig ist, entnimmt diesen Aussagen, die anzustrebende Zielrichtung, die dann von Seiten der Polizei mit der Abriegelung zum Maifest auf dem Mariannenplatz beginnt, auch befolgt wurde.

Schlimmer jedoch ist der Freibrief für die einzelnen Ordnungsgruppen, die sich sehr unterschiedlich verhalten.

Einen Dank an das Fernsehen B1, das die provokatorischen Übergriffe der Polizei am 1. Mai dokumentierte und die gefährliche Regieanweisung aufdeckte.

Wie am Blutmai 1929 wurde Hass geschürt und 9.000 Polizei- und Grenzschutzkräfte auf ihre Pflichten hingewiesen.

gesteuerten Strategie, die selbst im Senat keine Zustimmung erhielt, herhalten.

Nachtrag:

Die NPD marschierte mit Polizeischutz und der Losung „Arbeitsplätze nur für Deutsche“ durch Berlin-Hohenschönhausen. Auf der gleichen Wellenlänge hieß es einmal „Kauft nicht beim Juden“.

Eine rassistische Aussage, von der sich unsere Gesetzeshüter nicht provozieren ließen und die wohl für Rechtens gehalten wurde.

Wo leben wir eigentlich?

Nun auch noch das Schullandheim

Der Verkauf des Schullandheimes am Sandwerder in Wannsee und der Bildungs- und Erholungsstätte Ella Kay ist kein Tabu mehr für die Neuköllner CDU. Diese überraschende Änderung ihrer Haltung sorgte auf der vergangenen BVV für eine emotionale Debatte.

Schon im Vorfeld, in den Sitzungen des Jugendhilfe- und Bildungsausschusses, hatten sich alle anderen Parteien gegen einen Verkauf ausgesprochen.

Jedes Jahr fahren mehr als 10.000 Neuköllner Schüler in Schulklassen und Kita-Gruppen zu einer Woche ins Grüne.

Sogar die beiden Stadträte Wolfgang Schimmang (SPD) und Lutz Reichert (CDU) forderten den Erhalt der Gebäude.

Petra Wojchiechowski, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses und Sprecherin der Fraktion B 90/Grüne, fasste die Argumente beider Ausschüsse zusammen: Sie machte deutlich, dass für sozial schwächere Familien aus dem Neuköllner Norden das Schullandheim unerlässlich wäre. Auch Alternativen in Brandenburg kämen nicht in Frage, da viele Eltern Angst vor rassistischen Übergriffen haben „Eltern nicht-deutscher Herkunft haben keine Lust, ihre Kinder als Versuchskarnickel in die national befreiten Zonen zu schicken!“

Der Meinungswandel der CDU-Fraktion erfolgte direkt im Vorfeld der BVV in der Fraktionssitzung. Dort führte Finanzstadtrat Michael Freiberg (CDU) ein Haushaltsdefizit von ca. 25 Millionen für das Jahr 2002 als Begründung an. In diesem Zusammenhang solle man einen Verkauf des Schullandheimes nicht mehr vollkommen ausschließen. Aber ein Verkauf würde nicht bedeuten, dass Neuköllner Kinder dort nicht mehr hinfahren könnten. „Wir müssen alle Möglichkeiten prüfen, wie die Gründung eines Eigenbetriebes, die Zusammenarbeit mit anderen Bezirken, verkaufen und zurück pachten.“

Die Fraktion der CDU ist sich aber auch noch nicht einig, das bewies der Beifall einiger Abgeordneter zu Redebeiträgen gegen den Verkauf.

Werner Gutsche

Björn Sörensen

„Für unsere Wählerinnen und Wähler arbeiten“

Evrin Baba (MdB) zur neuen Vorsitzenden der PDS Neukölln gewählt



Auf ihrer Mitgliederversammlung am 10. März haben die Mitglieder der PDS Neukölln Evrin Baba, Mitglied der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus, zur neuen Vorsitzenden der Bezirksorganisation gewählt. Sie erhielt 15 von 22 Stimmen.

In ihrer Rede hatte sie selbstkritisch angemerkt, dass es der PDS Neukölln noch nicht gelungen sei, den Wahlerfolg des Jahres 1999 in tatsächlich wirksame politische Arbeit im Bezirk umzumünzen. Dies sei aber dringend notwendig, um die gestiegenen Erwartungen der Neuköllnerinnen und Neuköllner zu erfüllen.

Sie forderte die Mitglieder auf, die notwendige Weiterentwicklung der Bezirksorganisation durch einen perso-

nellen Neuanfang im Bezirksvorstand zu unterstützen und benannte konkrete Ansätze, an denen sich eine erfolgreiche Arbeit festmachen lasse: so sei die im vergangenen Herbst gegründete AG Kommunalpolitik jetzt so weit, die Positionen der Neuköllner PDS mit Veranstaltungen an die Öffentlichkeit

zung des Flughafens Tempelhof, die soziale Situation im Norden Neuköllns oder die mangelhafte Ausstattung der Neuköllner Schulen zu diskutieren.

Nach einer intensiven Diskussion wurden neben Evrin Baba als weitere Vorstandsmitglieder gewählt: Heinz Schu-

„Wirksame politische Arbeit für den Bezirk – wie können wir das erreichen? Indem wir arbeitsfähige Strukturen schaffen, indem wir alle unsere Arbeit darauf überprüfen, ob sie Ergebnisse erbringt oder nicht. Über Probleme zu lamentieren verewigt die Probleme, neue Lösungen auszuprobieren bringt Lösungen näher.“

Das erste Kriterium ist, dass wir das Vertrauen rechtfertigen und die Erwartungen erfüllen müssen, die die Neuköllner WählerInnen in uns gesetzt haben. Wir dürfen uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen, sonst können wir sie bei der nächsten Wahl als Salat aufessen!

Ich hoffe, dass allen von Euch klar ist, dass wir unsere Arbeit nie als Selbstzweck verstehen dürfen, sondern uns immer daran erinnern müssen, was uns eigentlich bewegt: der leidenschaftliche Einsatz für soziale Gerechtigkeit, für die Veränderung einer Gesellschaft, die genau dies trotz allen technischen Fortschritts nicht garantieren kann und will. Unser gemeinsames Vorhaben ist sicherlich nicht leicht zu bewältigen, aber lohnend ist der Einsatz allemal!

Auszüge aus Evrin Babas Rede vom 10. März

zu tragen. Geplant sei, in einem regelmäßigen politischen Frühschoppen „Themen, die den Neuköllnern auf den Nägeln brennen“, wie die Schlie-

gowski (Stellvertreter), Lene Sörensen, Gülayşe Karaaslan, Max Schumacher und Michael Anker.

Max Schumacher

Sozialhilfe

► Fortsetzung von Seite 1

Samstag die Teilnahme der beiden Bezirksverordneten. Die SPD-Fraktion, die eine Beteiligung des Sozialamts gefordert hatte, war nur in Person der Ausschussvorsitzenden Frau Schoenthal für ca. eine halbe Stunde präsent. Kommentar von Petra Wojciechowski (Bündnis 90/ Die Grünen): „Die Aktion war bitter nötig, auch als Signal gegen die Sozialmissbrauchs-Debatte der CDU.“ Und Max Schumacher meinte abschließend: „Wer heute wie ich die Bedürftigkeit vieler Menschen so deutlich gesehen hat und gleichzeitig über die katastrophalen Missstände im Sozialamt Bescheid weiß, der kann nur noch die totale Menschenverachtung der CDU

Die Kampagne (Beginn: Mai 2000) wird getragen von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und von Studenten des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin. Ziel der Kampagne ist es, Menschen, die unter der Sozialhilfeschwelle leben, über ihr Recht auf Sozialhilfeleistungen zu informieren und das Thema „verdeckte Armut“ in die Öffentlichkeit zu bringen, um in der Debatte über Armut und Sozialhilfe wieder auf die Sorgen der Menschen und die strukturellen Hindernisse zur Beseitigung dieser Probleme hinzuweisen.

www.fehlt-ihnen-etwas.de

feststellen, wenn sie lieber Bedürftigen ihre zehn Sozialfahnder auf den Hals schickt, anstatt endlich mit diesen Stellen für eine leichte Verbesserung der Verhältnisse im Sozialamt Neukölln zu sorgen. Welcher Teufel die SPD-Fraktion geritten hat, diesen Antrag der PDS geschlossen abzulehnen, das muss wohl ihr Geheimnis bleiben!“ **S. M.**

Sozialhilfebroschüre

Stand Juli 2000

Zu beziehen über Diak, Werk Neukölln-Oberspree, Tel. 6 02 31 58 (Abholung + Versand) oder DW Steglitz, Tel. 7 71 09 72/ DW Stadtmitte, Tel. 21 19 93 (nur Abholung) 6 DM bei Abholung, 8 DM bei Versand für Sozialhilfeberechtigte + Arbeitslose, für alle anderen 12 DM bzw. 14 DM

Frauenhandel als Missbrauch der Migration

Rundtischgespräch im Abgeordnetenhaus / Von ROBERT MEYER

Sie arbeiten für einen erbärmlichen Lohn oder müssen ihren Körper verkaufen. Wenn sie nicht gehorchen, droht ihnen Gewalt oder sie werden wieder in ihre Heimat geschickt. Immer mehr Menschen erkaufen sich den Grenzübertritt mit ihrer Freiheit. Schuldnechtschaft heißt im Amtsdeutsch das Wort, das die Ausbeutungsverhältnisse beschreibt. Betroffen sind vor allem Frauen. Dazu lud die PDS am Donnerstagabend im Abgeordnetenhaus zu einem Rundtischgespräch „Frauenhandel als Missbrauch der Migration“.

Die Referentinnen Christina Schenk, Insa Sommer und Ines Reihmann sowie Evrim Baba, frauenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, wollten klar verstanden haben, dass Frauen nicht nur als Opfer zu betrachten sind, sondern auch als Täter in Frage kommen. Häufig assoziierte Begriffe zu diesem Thema wie Sklaverei erfassten nicht die ganze Wirklichkeit. Außerdem könnten solche Bilder allzu leicht für eine rigide Zuwanderungs- und Grenzpolitik instrumentalisiert werden.

Prostitution und Frauenhandel sowie Migration seien zwei verschiedene Themen, auch wenn sie sich überschneiden, betonte Christina Schenk, die mit an einem Gesetzentwurf der PDS arbe-

tete, der die Prostitution aus der Illegalität holen und anderen Berufen gleichstellen will.

Prostituierte, die unter der Doppelmoral der Gesellschaft leiden, werden auch heute noch diskriminiert – mit dem Segen des Gesetzes. Dem möchte man ein Ende setzen. Enormen Handlungsbedarf sehen die Referentinnen auch beim Frauenhandel, der neben Drogen- und Waffengeschäften zu den besonders lukrativen Einnahmequellen zählt. Als strukturelle Ursachen dafür nannte Insa Sommer die Zerstörung tradierter Wirtschaftsgefüge in den armen Ländern, die dortigen Verbindungen zu den reichen Nationen und die jeweilige Nachfrage.

Zwischen 5000 und 30 000 US-Dollar müssten für eine illegale Einreise an Schlepper bezahlt werden. Die Frauen gerieten dadurch in eine Schuldnechtschaft, der sie hilflos ausgesetzt seien. Hier müsse der Gesetzgeber eingreifen. Ines Reihmann legte einen Forderungskatalog vor, der unter anderem ein umfassendes Zeuginnenschutzprogramm beinhaltet. Außerdem sollen die Frauen therapeutische Angebote und die Möglichkeit zur Weiterbildung bekommen, während sie auf ihren Prozess warten.

(Aus: ND vom 21./22. 4. 2001)

Nein zur Privatisierungspolitik

Klausur des PDS-Bezirksvorstands Neukölln

Mit einer scharfen Verurteilung der Politik des Bezirksstadtrates Freiberg endete die Klausurtagung des Bezirksvorstands der PDS Neukölln am Samstag. „Es ist nicht mehr nachzuvollziehen, mit welcher eiskalten Brutalität die Perlen des Bezirksvermögens vor die Säue geworfen werden“, sagte die Bezirksvorsitzende Evrim Baba und kritisierte damit die von der Neuköllner CDU geplante Veräußerung der Bildungsstätte „Ella Kay“, des Schullandheims Sandwerder sowie des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt und der Galerie im Körnerpark.

Mit ihrer Tagung in der Bildungsstätte wollte der PDS-Bezirksvorstand ge-

meinsam mit den Bezirksverordneten Michael Anker und Max Schumacher gegen diesen Ausverkauf protestieren. Weitere Themen der Sitzung waren die Schwerpunkte der PDS-Kommunalpolitik; hier wollen sich die demokratischen Sozialisten auf die desolate Lage in der Sozial- und Bildungspolitik Neuköllns konzentrieren. Außerdem sollen Fragen der Migration und der Schaffung von Arbeitsplätzen in Klein- und mittelständischen Unternehmen bearbeitet werden.

Abschließend formulierte Evrim Baba das ehrgeizige Ziel, bis Jahresende 50 neue Mitglieder für die PDS Neukölln zu werben. **Max Schumacher**

CDU will den Rest unseres Bezirk verkaufen

Die CDU Neukölln plant verschiedene öffentliche Einrichtungen in Neukölln zu verkaufen. Dazu zählen z.B. die Galerie im Körnerpark oder das Gemeinschaftshaus Gropiusstadt. Bernd Golm, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Neukölln, unterstützt die Privatisierungspläne und speziell die Pläne Gropiusstadt betreffend. Er führte als Gründe unter anderem an, dass das Haus zu oft leer stehen würde. Durch eine Privatisierung „würde die Auslastung steigen“.

Parteifreund Herbert Börner hält die Diskussion für verfrüht. Er möchte erst einmal eine Aufstellung darüber erhalten, wie viele Einnahmen und wie viele Ausgaben die Einrichtung hat. Er sagte, dass ein Verkauf nur „sozialverträglich“ möglich ist und dass Gropiusstadt einen Veranstaltungsraum mit günstigen Angeboten braucht.

Entschiedener Widerstand kam von der PDS, SPD und den Grünen. Max Schumacher (PDS) sagte, nun erkenne man „wes' Geistes Kind die Christdemokraten sind“. Hinter dem Mantel der Christlichkeit versteckte sich „kalkulierte soziale Kälte“. Ganz besonders die Schließung der Galerie im Körnerpark lehnt Max Schumacher ab „sie ist ein Kleinod des Bezirks und absolut tabu für jegliche Privatisierungsabsichten.“ Wer die Schließung auch nur in Erwägung zieht, nehme Neuköllner Künstlern einen wichtigen nichtkommerziellen Auftrittsort.

Auch die SPD widersprach energisch den „Planspielen der CDU“. „Sollen mit dem Erlös der Gebäude vielleicht die von Klaus Landowsky verschuldeten Verluste kompensiert werden?“, fragten sie.

Der SPD-Chef Frank Bielka „Ich bin völlig sprachlos, welchen Schwenk die CDU nach dem Machtwechsel auf ihrem letzten Parteitag vollzogen hat.“

Auf aktuelle Nachfrage im Bürgerbüro im Rathaus stellte sich heraus, dass es bis jetzt noch keine Broschüre zu den Veranstaltungen im Körnerpark gibt. Auf Nachfrage sagte die dort arbeitende Dame nur genervt: Wenn Sie Zeitung lesen würden, wüssten Sie, dass der Bezirk einsparen muss. **Björn Sörensen**

Odyssee des Pauvres

„*Wer Arbeit sucht, hat welche!*“ stellte Norbert Blüm 1986 fest. Konkret sieht das so aus:

Mitte Januar habe ich einen Antrag auf Arbeitslosenhilfe (Alhi) gestellt, weil das Unterhaltsübergangsgeld bis 17. 2. 01 bewilligt war. Anfang Februar 01 kam die Rechnung fürs 1. Quartal von der GEZ. Also, einen Brief schreiben und um Reduktion der Rechnung bitten, da ab 18. Februar die Befreiung von der GEZ absehbar war. Am 19. Februar ging ich dann zum Arbeitsamt und fragte nach dem Verbleib meines Alhi-Bescheides. Ich bekam einen vorläufigen Bescheid, den ich zur Krankenkasse trug. Wegen einer aufwendigen Zahnbehandlung brauchte ich eine „Befreiung von der Zuzahlung“, die z. B. auch beim Zahnarzt gebraucht wird und die bekommt man nur mit dem Alhi-Bescheid.

Am 24. Februar kam dann der richtige Bescheid, datiert vom 2. Februar. Auf welcher Reise dieser Brief wohl 22 Tage lang war? Da die Ämter am Wochenende geschlossen sind und der Monat am Mittwoch, dem 28. Februar endete, war klar, dass Montag und Dienstag Stress angesagt war.

Montag, 28. Februar:

Sozialamt

Ich erbat:

1. Antrag auf Wohngeld
2. A-Bogen
3. Antrag auf Befreiung von Rundfunkgebühren

BVG Hermannplatz

Antrag einer Monatskarte für Alhi-Empfänger

Die Karte gab's, die Marke nicht. „Sie müssen erst einmal die Karte abstempeln lassen – beim Arbeitsamt.“

AA Süd Sonnenallee 262

Die Information verwies mich an Zimmer 29, Informationsflugblätter gibt es nicht, aber dort oben hängt, schön eingerahmt, die Information der BVG. Vor dem Zimmer 29 eine Nummer ziehen und 65 Minuten warten, Stempel abholen.

Zu Hause angekommen, werden alle Anträge ausgefüllt und die Papiere zusammengestellt.

Dienstag, 27. Februar:

Sozialamt (Rathaus Neukölln)

„Ohne Termin kommen Sie heute nicht ran.“ – „Mir hat niemand gesagt, dass hier nur noch mit Termin abgefertigt wird. Bitte stempeln Sie mir wenigstens den Antrag ab und geben Sie mir einen Termin.“ – „Montag, den 3. März um 8 Uhr morgens.“

Wohngeldamt Lahnstraße

„Haben Sie den Einkommensfragebogen ausgefüllt?“ – „Den habe ich

nicht bekommen, aber haben Sie vielleicht eine Broschüre zum neuen Wohngeld?“

– „Hier ist der Fragebogen und bitte gleich ausfüllen. Von den Broschüren haben sie zuwenig gedruckt, es ist keine mehr da, tut mir leid. Hier ist die Auflistung, was Sie binnen der nächsten vier Wochen beizubringen haben.“

Bürgeramt Blaschkoallee

– freundlicher Warteraum – Wartezeit ziehen – GEZ-Befreiung beantragen. Nachdem ich eine Kurzgeschichte gelesen habe, bin ich dran. Ein mir von früher bekannter Sozialamtmitarbeiter legt eine Akte an. „Wo ist Ihr letztes Mieterhöhungsschreiben? Wo sind Ihre Lohnsteuerkarten von 2000 und 2001? Wo ist der ergänzende Fragebogen zum Befreiungsantrag?“ Ich bin verdutzt. „Ich bekam nur den Antrag, ohne Fragebogen.“ „Dann füllen Sie bitte den Fragebogen erst einmal aus, inzwischen kann ich jemand anderen abfertigen.“ Nach 15 Minuten bin ich, mit einem Merkblatt, was ich noch zu liefern hätte, wieder draußen.

Am 1. März kommt ein Brief des Bürgeramtes, in dem nochmals aufgeführt wurde, was ich beizubringen hätte, allerdings durch Unterlagen ergänzt, die das Wohngeldamt nicht forderte.

Montag, 5. März

Sozialamt

Ich war für diesen Termin die Zweitbesetzung, also freundlich den Kopf

durch die Tür gesteckt und „Guten Morgen“ gesagt. – Warten – Gegen 8.30 Uhr verließ der Sachbearbeiter sein Zimmer, weil er woanders eingesetzt wurde. Also bei der Vertretung „Guten Morgen“ sagen. – Warten – Gegen 9.20 Uhr werde ich von der Vertretung der Vertretung meines Sachbearbeiters aufgerufen und nach zehn Minuten weiß ich, dass meine Alhi ca. 50 DM über dem Satz der laufenden Hilfe liegt.

Dieser Bescheid wird kopiert und dann mit den anderen angeforderten Unterlagen in zwei Umschläge gesteckt. Jeder bekommt noch ein Begleitschreiben. Um Porto zu sparen, werden die Umschläge in den Rathausbriefkasten gesteckt.

Am 13. März erteilt das Bürgeramt auch ohne Mieterhöhungsschreiben die Befreiung von den Gebühren der GEZ, für den Zeitraum März 2001 bis Februar 2002. Für den halben Monat, den ich schon bezahlt habe, werde ich wohl keine Rückerstattung bekommen. So wird sich an Armen bereichert!

Vom Wohngeldamt habe ich bis heute (20. März) noch nichts gehört.

Fazit:

1. Die Auskunft auf dem Sozialamt ist mangelhaft. Es wurden unvollständige Anträge ausgehändigt und es wurde nicht mitgeteilt, dass nur noch mit Terminvergabe gearbeitet wird.
2. Die Arbeitsweise der Ämter ist weder ökonomisch noch ökologisch akzeptabel. In Zeiten von IT-Programmen bedarf es keiner drei Akten mehr, mit nahezu identischem Papierinhalt. Dass eine Akte geführt wird, ist nachvollziehbar, aber dass drei Sachbearbeiter nahezu identische Tätigkeiten für einen Bürger erledigen, ist Zeit-, Papier- und auch Energieverschwendung.
3. Von Kundenfreundlichkeit kann bei dieser Odyssee durch Neuköllner Bürokratie keine Rede sein. Auch der Datenschutz spottet im Bürgeramt jeder Beschreibung. Wie erledigen Leute diese Gänge ohne Geld für Fahrscheine, mit Kinderwagen, mit Gehhilfen und vor allem Leute, die die Sprache nicht sprechen oder Lesen können?

Eva Willig

Projekt Flughafen Schönefeld – Probleme für Neukölln

1994 gab das Land Brandenburg dem Großflughafen Berlin-Schönefeld eine Absage. Der damalige Verkehrsminister Wissmann und Herr Diepgen beharrten auf Schönefeld und sagten eine finanzielle Absicherung zu. Stolpe aber lenkte ein. Jetzt haben wir den Salat. Nichts ist gesichert, auch das private Kapital steht noch vor der Tür.

Über 150.000 betroffene Anlieger im Einflugsgebiet erhoben ihren Einwand. Bei dem jetzt laufenden Planfeststellungsverfahren gab es die ersten Pannen. 20 Ordner mit detaillierten Angaben des Umweltamtes weisen nach, dass die bautechnische Nachweisführung nicht dem Anspruch einer genehmigungsreifen Entwurfsplanung entsprechen.



Auf dem gegenwärtigen Flughafen Berlin-Schönefeld finden im Jahresmittel 4 Flugbewegungen pro Stunde statt (in Spitzenzeiten 6). Für den neuen „Großflughafen Berlin Brandenburg International“ sind 42 Flugbewegungen geplant, in Spitzenzeiten sogar 68 Flugbewegungen pro Stunde. Die sich daraus ergebenden Belastungen kann sich jede/r ausmalen.

Die im Flughafen- bzw. dem Einzugsgebiet verlaufenden Ergasleitungen und Gaspumpstationen um Waltersdorf und im Groß-Ziethener Gebiet, auf die die GASAG verwies, wurden als unbedeutend eingeschätzt.

Nun ist Schönefeld, das Mammutprojekt am Stadtrand Berlins, als Drehkreuz ausgewiesen. Das bedeutet die Flugschneisen nach Norden führen über Neuköllner, Treptower und Lichtenrader Gebiet. Über Rudow und die Gropiusstadt führen bisher vier Flugschneisen.

Auf den westlichen Trassen würden die Flugzeuge, von Süden kommend, die Janusz-Korczak-Grundschule am Wildhüter Weg, die Hugo-Heimann-Grundschule, das Ida-Wolfhaus der AWO und das Krankenhaus Neukölln überfliegen. Des weiteren überqueren sie weiter die Otto-Hahn-Grundschule und die Bioelektronikwerke an der Grenzallee. Die östliche Trasse nimmt ihren Anfang über das neugebaute Frauenviertel, überfliegt die Rose-Oehmichen-Grundschule, den Schulhof der Clay-Oberschule, tangiert die Schulen am Zwickauer Damm und mündet, wie die parallel verlaufende Schneise, die die Schule am Neu-deckerweg und die Matthias-Claudius-Grundschule erfasst, kurz vor dem Teltowkanal auf die westlichen, über Neukölln laufenden Flugschneisen.

Diese geplanten Flugschneisen können so nicht hingenommen werden.

Werner Gutsche

Einschichtiger Badebetrieb als neues Markenzeichen für das Columbiabad

Während in der Notzeit nach dem Krieg alles getan wurde, um der Bevölkerung und vor allem der Jugend ein sportliches Erlebnis zu bieten, regiert heute der Rotstift.

Vor 50 Jahren wurde das Columbiabad in Betrieb genommen. Der Bau war notwendig, weil das Freibaden im Kanal an der Grenzallee zu gesundheitlichen Schäden geführt hätte, da die spinale Kinderlähmung 1950 in Neukölln grassierte.

„Culle“ fand eine dankbare Kundschaft. Zwei Generationen wuchsen hier auf. An sonnigen Tagen zählte das Bad 12-15.000 Besucher. Die Wiesen und der gewachsene Baumbestand erfreuen das Auge. Für Mutproben vom fünf bzw.

zehn Meter Turm stand man Schlange, heute ist es die große Rutschbahn. Es war eine Erlebniswelt, nicht nur für die Kieze im Norden Neuköllns, auch die Kreuzberger fühlten sich hier recht wohl.

Das alles wird jetzt eingeschränkt, weil die Verantwortlichkeit den Bezirken entzogen und den Bäderbetrieben, für die an erster Stelle nur die Wirtschaftlichkeit steht, unterstellt wurde.

Bei sechs Mark Eintrittspreis für Berufstätige und vier Mark ermäßigt, sperrt man die Besucher selbst aus. Ohne Ferienpass können sich nicht einmal die Kinder in den Ferien den Weg in das kühle Nass leisten.

Die zweite Aussperrung erfolgt nun durch die verkürzten Öffnungszeiten.



Statt wie üblich wird nicht am 1. Mai, sondern erst am 19. Mai und dann, statt ab sieben Uhr erst um zehn Uhr geöffnet.

In unserem Bezirk gibt es 30.000 Arbeitslose. Die Bäderbetriebe (BBB) aber streichen die zweite Schicht! Senator Böger, Mitglied des Aufsichtsrates der BBB, macht dieses Spielchen mit. Der verantwortliche Stadtrat für Sport und Gesundheit in Neukölln bedauerte in der BVV, dass er nichts mehr zu sagen hat und für „Culle“ nicht mehr zuständig ist. Auch so kann man ein 50-jähriges Jubiläum begehen. **Werner Gutsche**

Rückbesinnung ist angesagt

Hunderttausende Gläubige auf dem Petersplatz in Rom nahmen zu Ostern die Botschaft ihres Papstes zur Friedenserhaltung entgegen.

Von der anderen Seite des großen Teiches wurde zur gleichen Zeit neues Unheil verkündet. Der neue „starke Mann“ gibt vor, überall in der Welt die Interessen seines Landes und des Friedens zu schützen und kündigte neue Atomwaffen an. Das Zielgebiet hierfür wurde gleich mitbenannt. Der Irak, so die Botschaft aus dem Weißen Haus, und das unmittelbar nach dem Spionageflug über China.

In einer solchen Lage halten wir eine Rückbesinnung auf unsere Geschichte, die mit Millionen Opfern behaftet ist, für erforderlich. Es gilt, neuen Anfängen zu wehren. Der Grundsatz „von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen“ gewinnt erhöhte Bedeutung. Wie schnell eskalieren Kriege!

In der Friedensfrage darf es keine Freundschaften mit Scharfmachern geben. Die NATO mit ihren gefährlichen Manövern kann schnell zum Bumerang werden.

Heute wird uns wieder ein Kreuzer „A“ schmackhaft gemacht. Allein dieses „A“ – gleich Anfang – ist eine Provokation. Die SPD stand 1928 vor einer Zerreißprobe. Ihr pazifistischer Flügel stimmte gegen das Rüstungsvorhaben.

Das Begehren für einen Gesetzesentwurf „Der Bau von Panzerschiffen und Kreuzern jeder Art ist verboten“ fand u.a. die Zustimmung von Carl v. Ossietzky, Albert Einstein, Heinrich Mann, Käthe Kollwitz, Otto Nagel und Heinrich Zille. Auch Walter Gropius und Bruno Taut, die mit ihrer Bau-Architektur sozialpolitische Alternativen setzten, gehörten dazu. Die SPD übergang diese mahnenden Stimmen und die Nazis setzten sie auf ihre Verfolgungsliste.

In Neukölln war es der Stadtschulrat Löwenstein mit seinen Freunden, die sich für Schulspeisung statt Panzerkreuzerbau einsetzten, sich aber letztendlich dem Parteidiktat fügten. Löwenstein gehörte zu den ersten, auf die die Nazis Jagd machten.

Der Landtagsabgeordnete aus Neukölln Karl Schulz (KPD), der 1928 am 6. Oktober in seiner Rundfunkrede das ge-

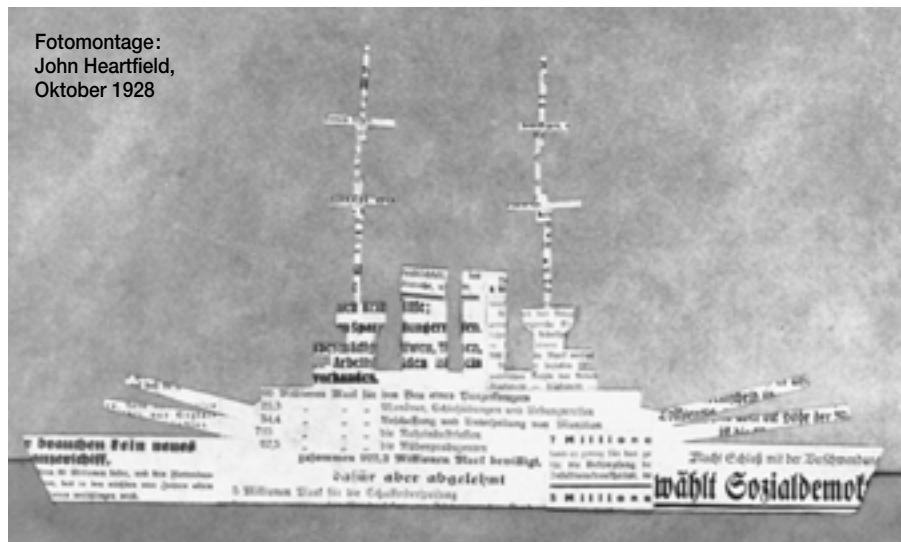
von den Nazis ermordet.

Es waren mahnende Stimmen gegen Krieg und Faschismus, die sich in Neu-kölln erhoben.

Am 1. Juli 1941, wenige Tage nach dem Überfall auf die Sowjetunion, wurde Heinz Kapelle, als Zeichen der Abrechnung, hingerichtet. Er und sein Freundeskreis hatten gewagt, beim Kriegsausbruch 1939 die Stimme des Friedens zu erheben. Mit dem Flugblatt „Ich rufe die Jugend der Welt“ (mit diesen Worten eröffnete Hitler die Olympischen Spiele 1936) enttarnte die Widerstandsgruppe die Scheinheiligkeit falscher Friedensgesänge und den faschistischen Kriegsbeginn.



HEINZ KAPELLE KARL SCHULZ



Fotomontage:
John Heartfield,
Oktober 1928

Verspottung der sozialdemokratischen Panzerkreuzerpolitik

Ist sich Kanzler Schröder und sein „Hufeisen-Schmied“ Waffenmeister Scharping bewusst, welche Risiken sie für unser Land heraufbeschwören? Kennen sie nicht die deutsche Geschichte? Mit dem Panzerkreuzerbau „A“ fing 1928 die sozialdemokratische Tragödie an.

fährliche Rüstungsprogramm mit den 80 Millionen teuren Panzerkreuzern entlarvte und zur Unterstützung eines Volksbegehrens gegen den Rüstungswahn aufrief, für das sich innerhalb von 14 Tagen 1,2 Millionen Bürger aussprachen, wurde noch in der Reichstags-Brandnacht abgeholt und am 30. Juni 1933

**Am 30. Juni
– zum 60. Todestag –**
wollen wir an
Karl Schulz
und
Heinz Kapelle
um 11.00 Uhr
am Multimedia-Gedenkort
im Rathaus Neukölln
erinnern und ihren streitbaren Einsatz für den Frieden würdigen.
*Hierzu sind auch Sie
recht herzlich eingeladen.*

das kommunalpolitische forum e.V. (berlin) lädt ein:
**„Rechtsextremismus
als Alltagskultur?“**
26. Mai 2001
!0 - 16 Uhr, Rathaus Lichtenberg
(Ratssaal), Möllendorffstrasse 6,
10365 Berlin
(S-/U-Bahn Frankfurter Allee)
Infos: 24 00 95 57



Am 1. April 2001 fand in dem Restaurant „Fischerhütte“ in der Sonnenallee der erste kommunale Frührschoppen der PDS-Neukölln unter dem Thema „Flughafen Tempelhof – Sinn oder Unsinn?“ statt. Gäste aus Teptow, Neukölln und Tempelhof/Schöneberg erlebten eine heiße Diskussion. Die SPD halte noch immer an einer schnellstmöglichen Schließung des Flughafens Tempelhof im Jahre 2003 fest, sagte Christian Gaebler, Verkehrspolitischer Sprecher der SPD im Abgeordnetenhaus. Jutta Matuschek, Verkehrspolitische Sprecherin der PDS forderte eine Grundsatzdebatte der Luftverkehrspolitik, um das Flughafenproblem zu lösen. Der Flughafen Tempelhof sollte geschlossen werden. Über eine Nutzung des Geländes wurde diskutiert. Das allgemeine Fazit war sehr positiv, die Diskussion interessant, das Essen gut und man freut sich schon auf das nächste Mal.

Einladung

zum zweiten kommunalpolitischen Frührschoppen der PDS Neukölln

Sozial is' muss!

Wege aus der sozialen Misere im Norden Neuköllns

Als Gäste nehmen teil

- Prof. Hartmut Häußermann, Stadtsoziologe/HU (angefr.)
- Doris Laaß-Schweinfurth, Leiterin der Sozialberatungsstelle, Diakonisches Werk Neukölln-Oberspree e.V.
- Petra Wojciechowski, Bezirksverordnete Bündnis 90/Die Grünen (Mitglied im Sozialausschuss)
- Elfi Jantzen, MdA (Sozialpolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen)
- Max Schumacher, Bezirksverordneter PDS (Mitglied im Sozialausschuss)
- Dr. Stefanie Schulze, MdA (Sozialpolitische Sprecherin PDS)

PDS-Neukölln
Weichselstrasse 58
12045 Berlin

Ich möchte Informationen / Mitglied werden:

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Telefon, Telefax

eMail-Adresse

Alter

Datum, Unterschrift

Das Letzte

Wie wir aus sicherer Quelle erfahren haben, wurde für das Treffen von Kanzler Schröder mit den Chefs der sozialdemokratischen Parteien Europas am 7. Mai für einen Foto-termin im Schloss Britz die Fassade dieses Schlosses neu gestrichen. Der Grund für diese Staatsaktion: den Kanzler-Beratern passte der alte Farbton der ansonsten völlig intakten Fassade nicht mit der Anzugfarbe zusammen. Man will ja schließlich auf dem obligatorischen Gruppenfoto eine gute Figur machen...

Dazu erklärt unser Bezirksverordneter **Max Schumacher**:

„Der Armanikanzler ist schlimmer als Honi mit seiner Protokollstrecke, bei Honi wußte jeder, es ist nur Fassade. Bei uns ist dagegen die Fassade so dick, daß das soziale Elend dahinter verschwindet. Einen neuen Schloss-Anstrich könnten wir ja gut heißen, aber nicht, solange Schandflecke wie die gefährlich bröckelnde Außenfassade der Boddin-Schule oder der leer stehende asbestverseuchte Bau der Clay-Oberschule nicht beseitigt sind. Wer dafür ist, Sozialhilfeempfänger durch Hausbesuche und Videokameras zu überwachen und gleichzeitig mit seinen europäischen Parteibonzen das Geld des ärmsten Bezirks von Berlin verschleudert, muss damit rechnen, dass dieser Bumerang eines Tages auf ihn zurückfällt.“

EINLADUNG

Fachtagung der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus zu

Sozialpolitische Herausforderungen in Berlin
18. Mai 2001, 10 - 16 Uhr

Ort: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

GALERIE OLGA BENARIO

6. Mai - 15. Juli 2001

CUBA VISION

Eine Ausstellung von Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann

Fr., 25. 5., 19.30 Uhr Heinz Langer (ehem. Botschafter der DDR): **Entwicklung Kubas seit 1989**

Do., 31. 5., 20 Uhr **Die Beziehungen Europa - Kuba unter den Bedingungen der USA-Blockade**

Weitere Veranstaltungen und Infos: 624 17 67

IMPRESSUM

„Neu-köllnisch“ erscheint 1 x im Quartal
Herausgeber: PDS-Neukölln, Geschäftsstelle Weichselstraße 58, 12045 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19

Auflage dieser Ausgabe: 1.500
Redaktion: Klaus Borstelmann, Björn und Lene Sörensen, Max Schumacher (V.i.S.d.P.)
Redaktionsschluß: 13. 5. 2001

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!